

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1958

Vor kurzer Zeit ist die nunmehr angeblich endgültige Fassung des Gesetzes über den *zweiten Fünfjahresplan* (1956—1960) verkündet worden. Wir sind es gewohnt, daß die Wirtschaftspläne in der Sowjetzone später sehr oft revidiert werden, was an sich kein Nachteil zu sein brauchte, weil hierin eine gewisse Elastizität der Planungstechnik und -methodik zum Ausdruck kommen könnte. Wenn hier diese neuerliche Planrevision besondere Erwähnung findet, dann nicht deshalb, weil sie erst in der Mitte des Planungszeitraumes beschlossen wurde, obwohl gerade dieser Umstand wegen der damit verbundenen Umstellungsschwierigkeiten im gesamten Wirtschaftsapparat der Sowjetzone und auch der anderen Ostblockwirtschaften sicherlich erwähnenswert wäre, sondern deshalb, weil das Grundkonzept des neuen Planes eine starke Forcierung des Entwicklungstempos der Wirtschaft und vor allem eine Steigerung der Investitionstätigkeit bedeutet. *Rau* erwähnte kürzlich auf dem V. Parteitag der SED, daß es in der Sowjetzone gegenwärtig unvollendete und überfällige Investitionsvorhaben mit einem Gesamtwert von 5 Mrd. Ostmark gäbe! Das entspricht etwa dem Wert aller innerhalb eines Jahres in der SBZ durchgeführten Investitionen.

Wenn die Investitionsquote steigen soll, so muß die Konsumquote am Sozialprodukt also verringert werden, was allein bei dem auf den privaten Verbrauch entfallenden Anteil und nicht etwa bei dem Anteil des staatlichen Verbrauches zu geschehen haben wird. Der Normalverbraucher in der SBZ muß sich damit abfinden, daß der ihm schon für 1955 versprochene „Wohlstand wie nie zuvor“ erneut in eine Ungewisse Zukunft entschwindet.

Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der *Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostblock*. Die Wirtschaft der Sowjetzone ist durchaus nicht mehr das fünfte Rad am Wagen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“. Sie hat lange Zeit durch ihre Reparationsleistungen den sowjetischen Wirtschaftsaufbau unterstützt und war zugleich der bedeutendste Maschinenbauexporteur im Raum des Ostblocks. Jetzt soll sie auch als traditionsreicher Standort einer hochentwickelten chemischen Industrie den Sowjets auf diesem Gebiet „mit Rat und Tat“ zur Seite stehen. *Chruschtschow* hat anlässlich eines Besuches im Elektrochemischen Kombinat Bitter-

feld ganz offen davon gesprochen, daß die deutschen Chemiker eigentlich in der Sowjetunion ein viel lohnenderes und für sie selber auch vorteilhafteres Tätigkeitsfeld hätten als in der SBZ.

Im Herbst 1946 konnte noch mit Gewalt ein Großteil der ingenieurtechnischen Elite der SBZ nach Rußland deportiert werden, wo ihre Mitarbeit vor allem auf dem Gebiet der Raketentechnik und der Kernspaltung ausgenutzt wurde. Heute sind solche Zwangsmaßnahmen nur noch in Einzelfällen durchführbar. Dafür bieten die im Ostblock inzwischen entwickelten Prinzipien der „branchenmäßigen Kooperation“ jetzt genügend Möglichkeiten, um das Leistungspotential der SBZ — auch das geistige — für die anderen Partner im Ostblock und vor allem für die Sowjetunion auszuschöpfen. Heute bekennt man sich auch im Kreml zu dem Prinzip der internationalen Arbeitsteilung und der Ausnutzung der natürlich gegebenen Standortvorteile und verzichtet auf schematische, gleichlaufende Industrialisierungspolitik um jeden Preis, wie sie bisher im Ostblock nach dem sogenannten sozialistischen Grundgesetz gang und gäbe war. Die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei bleiben Schwerpunkte der industriellen, und Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien bleiben Schwerpunkte der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Das scheint auf den ersten Blick eine ganz vernünftige Sache zu sein; denn internationale Arbeitsteilung bedeutet im Endeffekt bessere Kräfteausnutzung und die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Wirkungsgrades der beteiligten Partner. Wir dürfen jedoch hierbei nicht vergessen, daß in dem sowjetwirtschaftlichen System isolierte, ökonomische Betrachtungen als Objektivismus abgelehnt und stets mit den politischen Zielen gekoppelt werden.

Die Sowjetzone ist ja doch das einzige Gebiet des Ostblocks, das nur als Teilgebiet eines größeren Ganzen zu diesem Ostblock zu rechnen ist. Da aber nach den letzten Beratungen im Sommer dieses Jahres im Kreml, an denen Delegationen aus allen Ostblockstaaten und den ostasiatischen kommunistischen Staaten teilgenommen haben, die wirtschaftliche Verzahnung der Partner des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ nunmehr so weit gehen soll, daß es in ökonomischer Hinsicht praktisch keine Grenzen zwischen den Partnerstaaten mehr geben kann und die volle Integration in einer sowjetisch-sozialistischen Großraumwirtschaft angestrebt wird, gibt es nun auch offiziell in der wirtschaftlichen Entwicklung der SBZ keine gesamtdeutschen Rücksichten mehr. Je enger sich die Wirtschaft der SBZ an die Partnerwirtschaften bindet, je weitgehender sie ihre Erzeugung auf deren Bedürfnisse einstellt, desto weiter entfernt sie sich von der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederauswachsens der beiden Teile Deutschlands nach der Wiedervereinigung.

An dieser Tatsache ändern die im Beratungskommunikation festgehaltenen Beteuerungen absolut nichts, daß diese Zusammenarbeit im Ostblock „auf den Grundsätzen der völligen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Wahrung der nationalen Interessen“ beruhen soll. Was Moskau darunter unter Umständen verstehen kann, haben außer uns Deutschen z. B. die Polen mit dem vom Kreml jahrelang erzwungenen „Vorzugspreis“ für polnische Steinkohle, die Jugoslawen mit dem sowjetischen Kreditmanöver und die Ungarn mit ihrem ungarischen Weg zum Sozialismus erfahren. Auch ein so bestechender Plan wie der des Baues einer Erdölleitung von den russischen Feldern bis in die Sowjetzone bedeutet zugleich eine allmähliche Umstellung der mitteldeutschen chemischen Industrie von der Verwertung der eigenen sehr reichen Braunkohlenvorkommen und beispielsweise der Erzeugung synthetischen Benzins auf die Verarbeitung des russischen Erdöls. Diese Umstellung erhöht zugleich die *Rohstoffabhängigkeit* der SBZ-Wirtschaft, die ohnehin schon sehr groß ist.

Hierin liegt auch der grundlegende Unterschied zu der für die deutsche Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich anbahnenden Entwicklung. In der EWG bleiben die Mitglieder völlig intakte nationale Einheiten. Die Mitglieder des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ sind dies aber schon heute nicht mehr oder doch nur noch in begrenztem Umfange.

Die im Ostblock jetzt angestrebte „rationelle Spezialisierung und Kooperation der Produktion“ gab es in den letzten Jahren schon für den Bereich des Maschinenbaues. Sie beruhte auf jeweiligen zweiseitigen Abmachungen zwischen den einzelnen Ostblockstaaten. Jetzt soll sie auf alle Branchen der industriellen Erzeugung ausgedehnt werden. Hierbei ist eine Tatsache besonders hervorzuheben. Das Gefüge gegenseitiger Abhängigkeiten könnte ja auch für die Sowjetunion ein erhöhtes ökonomisches Risiko bedeuten oder zumindest irgendwann einmal heraufbeschwören, wenn nämlich durch die zur Tagesordnung der östlichen planwirtschaftlichen Entwicklung gehörenden Störungen in den osteuropäischen „Volksrepubliken“ auch die russische Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Daß man im Kreml dieses Risiko nicht zu scheuen scheint, kann als Beweis für das Vorhandensein der für die Sowjetunion im Ostblock einsetzbaren politischen und militärischen Sicherungen angesehen werden. Wenn derartige Sicherungen außerökonomischer Art nicht existierten, dann hätten nämlich die sowjetischen Planer eine meisterhafte Präzisionsarbeit zu leisten, indem sie bei der spezialisierten Arbeitsteilung die Produktionsbereiche gebietsweise so aufschlüsselten müßten, daß die Sowjetunion dabei selber niemals in eine Abhängigkeit von der Zulieferung einzelner Ostblockländer geriete.

*

Diese verstärkte Integration der Volkswirtschaften des Ostblocks bringt es für den Verbraucher der Sowjetzone mit sich, daß er — solange die großräumliche Arbeitsteilung und Ausnutzung der Produktivkräfte der Partner nicht das bestmögliche Maß erreicht hat, und darauf werden wir wahrscheinlich noch sehr lange warten können — nun nicht nur mehr für die eigene wirtschaftliche Zukunft gegenwärtig Entbehrungen auf sich nehmen muß, sondern auch für die Zukunft der „befreundeten Partner“. Sein Idealismus — oder wie es in der Sprache der Sowjetwissenschaftler heißt, sein Bewußtsein — wird damit erheblich strapaziert. Hinzu kommt noch die Belastung durch die Anforderungen, die die wirtschaftliche Entwicklung Chinas an alle Ostblockländer stellt. Umso unverständlicher wirken die amtlichen Maßnahmen zur Verschärfung des politischen Klimas in der Sowjetzone, die im Sommer dieses Jahres einen neuen Höhepunkt erreicht haben; denn sie beeinflussen auch die Arbeitsleistung der Betroffenen und tragen einiges dazu bei, daß die anhaltende Fluchtbewegung nach dem Westen im Umfang der Einwohnerzahl einer Kleinstadt je Woche das Arbeitskraftproblem in der SBZ immer unlösbarer gestaltet. Noch immer liegt das Schwergewicht der die SBZ verlassenden Arbeitskräfte bei den Jahrgängen im Alter zwischen 14 und 45 Jahren. Dies reduziert nicht nur die Zahl der dort bleibenden Arbeitskräfte, sondern führt auch zu einer ständig wachsenden *Überalterung* der werktätigen Bevölkerung der SBZ.

Die Bevölkerung der SBZ leidet besonders unter den sich gegen den innerdeutschen Post- und Reiseverkehr richtenden staatlichen Anordnungen, weil diese das Gefühl des Abgeschnittenseins erhöhen; denn die Menschen in der SBZ fühlen sich nicht als Bürger ihres „Staates“, sondern als Deutsche. Diese immateriellen Faktoren haben im allgemeinen für sie ein viel größeres Gewicht als Fragen des Lebensstandards, woran mancher von denen denken sollte, die durch ein unverdientes Glück bei der Teilung Deutschlands ihren Wohnsitz im Westen hatten und heute im Tanz um das goldene Kalb ihren Lebensinhalt sehen.

Es muß als eine echte Sensation bezeichnet werden, daß sogar auf dem in Ost-Berlin kürzlich über die politische Bühne gegangenen V. Parteitag der SED ein Antrag vor das Plenum kam, der eine Lockerung des Paßgesetzes und der strengen Reisebeschränkungen nach Westdeutschland forderte. Dieser Antrag ist nicht vorher abgewürgt worden. Er muß also starke Unterstützung gehabt haben. Daß die von *Ulbricht* geforderte Isolierung von menschlichen Kontakten mit Westdeutschen bis in die obersten Parteigremien menschliche und auch politische Unruhe ausgelöst hat und ständig weiter auslösen wird, sollte für uns in der Bundesrepublik ein Ansporn sein, in unseren amtlichen und vor allem in unseren

privaten Bemühungen um Begegnungen mit unseren Brüdern in der SBZ noch mehr zu tun als schon bisher.

Ulbricht hat den oben genannten Antrag auf dem Parteitag scharf abgelehnt, und damit war dieser erledigt. Pankow hat aus der Tatsache eines solchen Antrages die Konsequenz gezogen, gegen „prowestliche Dekadenz“ noch schärfer als bisher vorzugehen und diese Maßnahmen mit der Aktivierung aller verfügbaren Arbeitskraftreserven, mit der Ausschaltung des noch vorhandenen privaten Einflusses in der Wirtschaft und der Stärkung des in seinem Sinne sozialistischen Wirtschaftspotentials zu verbinden. Dabei ist die SED in eine ungewollte dialektische Zwickmühle geraten.

Der zwangsweise Arbeitseinsatz der älteren Schuljugend-Jahrgänge im Rahmen der sogenannten polytechnischen Zusatzausbildung sowie in der Form von Ferienarbeit — zumeist in der Landwirtschaft —, die Verpflichtung zum Arbeitseinsatz bzw. zum Wehrdienst für alle, die ein Studium aufnehmen wollen, ferner die Arbeitsverpflichtung für Studierende in den Semesterferien und der ständige Druck auf die Grenzgänger unter der offiziellen Parole, daß sie in dem Staat zu arbeiten hätten, in dem sie lebten, alle diese Maßnahmen zur Vergrößerung des Arbeitskraftpotentials haben die Fluchtbewegung im Sommer dieses Jahres wieder spürbar verstärkt.

Das Grenzgängerproblem hat noch einen besonderen Aspekt. Seine „Bereinigung“ richtet sich auch gegen den ständigen Kontakt von Einwohnern Ost-Berlins und des Randgebietes um Berlin mit dem anderen Leben in West-Berlin. Die Gewinnung von zusätzlichen Arbeitskräften für die Wirtschaft der SBZ steht propagandistisch zwar im Vordergrund, ist aber nicht die Hauptsache dieser Kampagne. In allen größeren Orten des Berliner Randgebietes werden öffentliche Kundgebungen abgehalten, zu denen Plakate einladen, auf denen die in West-Berlin Arbeitenden namentlich genannt sind. Sie sollen sich dort öffentlich verantworten. Man nennt das „Überzeugungsarbeit“. Was das bedeutet, kann der ermesen, der die Methoden einer Massenjustiz kennengelernt hat.

Auf solchen Kundgebungen muß die Bevölkerung auch zur Flucht von Ärzten Stellung nehmen, soweit solche Fälle nicht wegen der unangenehmen propagandistischen Wirkung solange als möglich vertuscht werden. In verschiedenen Orten mußten bereits die Krankenhäuser geschlossen und die Patienten verlegt werden, weil zu wenig oder gar keine Ärzte mehr da waren. Und dabei gehören gerade die Ärzte in der Sowjetzone zu dem privilegierten Teil der Bevölkerung. Bei ihnen können materielle Beweggründe zur Flucht noch weniger eine Rolle spielen als bei anderen Flüchtenden.

Auch die Maßnahmen gegen den privaten gewerblichen Mittelstand sind weiter verschärft

worden. Die staatlichen Instanzen nehmen sich mit seiner Kollektivierung nicht mehr bis zum Jahre 1960 Zeit, sondern wetteifern darin, dieses Ziel vorfristig zu erreichen. Die in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger werden unter Druck oder mit Verlockungen in volkseigene Betriebe oder Handelsgeschäfte abgeworben, so daß dann dem Geschäftsinhaber kaum ein anderer Weg als eine „freiwillige“ Kollektivierung bleibt. Die Anordnung, die die Weitergabe eines selbständigen Gewerbebetriebes an einen Erben oder einen anderen privaten Nachfolger verbietet, indem in jedem Falle der Staat zum bevorrechtigten Nachfolger erklärt wird, tut ein übriges, um die Bereitschaft zur Kollektivierung als einer nicht ganz so drastischen Lösung oder aber auch den Entschluß zur Flucht, die dem Staat automatisch zum Vermögenszuwachs verhilft, zu fördern. Eine gleichartige Bestimmung existiert für die Weitergabe von Hausbesitz. Sie bewirkt, daß kein privater Hauseigentümer mehr als nur das unbedingt Notwendige zur Substanzerhaltung unternimmt. Oft unterbleibt auch das, so daß der Verfall von Wohnungen und Häusern wegen unterlassener Reparaturen ein für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnliches Ausmaß angenommen hat.

Pankow wäre besser beraten, wenn es nicht mit so sturem Dogmatismus den „Aufbau des Sozialismus“ in der SBZ betreiben und statt dessen die privaten Wirtschaftskräfte frei mitarbeiten lassen würde. Es gibt dafür ja in der von Lenin in der Sowjetunion seinerzeit eingeleiteten NEP-Periode ein brauchbares Vorbild. Ulbrichts „Weg zum Sozialismus“ wird immer ein Irrweg bleiben.

*

Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben jenseits der Zonengrenze, die nach Pankower Anordnung seit kurzem als „Staatsgrenze“ zu gelten hat, kann sich nicht nach den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entwickeln, sondern es verläuft nach den Richtlinien der Besatzungsmacht, die jede Abweichung durch ihre deutschen Helfershelfer bestrafen läßt. Es ist doch nicht das Kennzeichen eines freien, demokratischen Staates, sondern vielmehr einer Militärdiktatur, wenn — wie das jetzt in der Sowjetzone geschieht — Tausende von harmlosen Bürgern deshalb in Untersuchungshaft genommen und vor ein Strafgericht gestellt werden, weil sie innerhalb eines Jahres mehr als zwölf Pakete nach dem Westen geschickt und damit Waren nach dem Westen „verschoben“ haben sollen. Nicht nach deutschem Recht, sondern allein nach Besatzungsrecht kann verboten sein, was hier bestraft werden soll. Was ist das für eine Rechtsordnung, die es untersagt, daß ein Untersuchungsgefangener, wohl-gemerkt nicht etwa ein politischer, sondern einer, dem vorgeworfen wird, er habe einige

Eier, Obst und andere Nahrungsmittel über die Grenze geschmuggelt, unter vier Augen mit seinem Verteidiger sprechen darf — ein Recht, das bei uns sogar dem unter Mordverdacht stehenden Untersuchungsgefangenen zusteht? Was ist das für eine Staatsordnung, die sich dadurch, daß der Mann an ihrer Spitze mit „Spitzbart“ titulierte wird, als gefährdet ansieht, und in der die Bürger wegen des Aussprechens dieses Spitznamens mit Gefängnis bestraft werden? Was ist das für eine Wirtschaftsordnung, die nicht den Verbraucher und die Befriedigung seiner Wünsche in den Vordergrund stellt, sondern die für den Bestand des politischen Systems als erforderlich angesehene schwerindustrielle Produktion? Eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen als Arbeitskraft bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit beansprucht und ihm im gleichen Atemzuge vorhält, daß „der gesellschaftliche Fortschritt nur dann gesichert werden kann, wenn sich der Durchschnittslohn langsamer erhöht als die Arbeitsproduktivität“, wobei der dann ausgezahlte Lohn nominal und erst recht real unter dem im „kapitalistischen“ Westdeutschland liegt, in dem ja angeblich der Arbeiter der Verelendung entgegenght. Und was ist das schließlich für eine Kulturordnung, in der der schaffende Künstler vom Staat gemäßregelt wird, weil sein Genius die unsinnigen Regeln eines „sozialistischen Realismus“ übersprang?

Das alles hat nichts mit Demokratie zu tun, sondern ist der Ausfluß eines harten und unerbittlichen Besatzungsregimes. Wer im Westen heute noch an die Möglichkeiten des versunkenen „neuen Kurses“ glaubt, der hätte seiner-

zeit auch die Friedensbeteuerungen Hitlers vor 1939 ernst nehmen müssen und der kennt die Verhältnisse in der Sowjetzone nicht. Er möge sich vor Augen halten, daß dieser angeblich demokratische Staat es jedem arbeitsfähigen Bürger verbietet, in ein westliches Land auszuwandern und schon den Versuch dazu mit Zuchthaus bestraft, und daß trotzdem die Bürger dieses „Staates“ ihn alljährlich zu Hunderttausenden in westlicher Richtung als Flüchtlinge verlassen; einen „Staat“, der ihnen trotz der verfassungsmäßigen Garantie u. a. die freie Meinungsäußerung und die Wahrnehmung des Streikrechtes verbietet, der den Haß gegen Andersdenkende zu einem der Grundprinzipien der Kindererziehung und der Menschenführung gemacht hat, der den Pazifismus als Gefahr für die parteiamtliche These vom „gerechten Krieg“ bekämpft und jede Wehrdienstverweigerung — auch die aus Gewissensgründen — als „Verrat an der Arbeiterklasse“ bezeichnet.

Solange sich diese Verhältnisse in der Sowjetzone nicht ändern, kann man das dort herrschende Regime nicht als deutschen, demokratischen Staat und muß man das von ihm beherrschte Gebiet als sowjetische Besatzungszone Deutschlands bezeichnen. Es liegt ausschließlich in der Hand des Kremls, den theoretisch denkbaren Weg zur Wiedervereinigung über eine Konföderation dadurch auch für den Westen Deutschlands diskussionsreif zu machen, daß er in seiner Besatzungszone endlich demokratische, rechtsstaatliche Verhältnisse schafft. Dann entfällt auch jeder Grund, dieses Gebiet weiterhin als Besatzungszone und nicht als deutschen Staat anzusprechen. *Walter Meier*